



Dr. Johann Wadepuhl

Mitglied des Deutschen Bundestages

Newsletter 24 vom 21.09.2019

Klimaschutzpaket verabschiedet – Die Koalition liefert

In den Verhandlungen über das neue Klimaschutzpaket hat die CDU-geführte Bundesregierung gestern eine Einigung erzielt. Die Partei- und Fraktionsführung sowie die Bundeskanzlerin und Bundesfinanzminister Olaf Scholz haben sich im Koalitionsausschuss auf ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Erreichung der bis 2030 gesetzten Klimaschutzziele verständigt.

Meine Meinung

Die ersten beiden Wochen nach Ende der Sitzungswoche zeigen deutlich: Diese Koalition arbeitet. Trotz mancher Widrigkeit und der nicht immer einfachen politischen Stimmung im Land, präsentiert die CDU-geführte Bundesregierung bemerkenswerte Ergebnisse. In den ersten 15 Monaten haben wir bereits über 60% der Vorhaben im Koalitionsvertrag in Angriff genommen oder sogar abgearbeitet. Ein wesentlicher Punkt ist das gestern beschlossene Maßnahmenpaket zum Klimaschutz.

Uns ist es gelungen, auf die Frage der Ausgestaltung des Klimaschutzes eine Antwort aus der Mitte der Gesellschaft zu geben. In unserem Sinne haben wir dafür gesorgt, dass die Klimaschutzpolitik marktkonform und technologieoffen ausgefallen ist. Im Mittelpunkt steht der mündige Bürger und nicht Zwang von oben. Dies geschieht zunächst durch wirtschaftliche und finanzielle Anreize. Wir nehmen die Menschen mit und sie sollen die Chance haben, selbst etwas zum Klimaschutz beizutragen.

Die Eckpunkte des Klimaschutzprogramms und der entsprechende Beschluss des Klimakabinetts sind ein starker Beweis für die Handlungs- und Reformfähigkeit der großen Koalition gerade bei einem Megathema wie dem Klimaschutz.

Die in der Koalition beschlossenen Eckpunkte gliedern sich in 3 Phasen:

1. Erste Phase (2020):
Anreize durch: Energetische Gebäudesanierung (auch für Einzelmaßnahmen; steuerlich + per Zuschuss), Prämie für Ersetzung alter Heizungen (Austauschprämie 40 %), Verbilligung von Bahnfahrten im Fernverkehr, stärkere Erneuerung des Schienennetzes (bis 2030 rund 86 Mrd. €), ÖPNV attraktiver

(Bund fördert mit 1 Mrd. € p.a.), Intensivierung Ladesäulenaufbau für E-Autos (1 Mio. bis 2030).

2. Zweite Phase (2021-2025):
Einführung eines nationalen CO₂-Emissionshandels für Wärme und Verkehr. Die Klimaschädlichkeit des CO₂ wird im Preis damit stärker abgebildet. Der Emissionshandel begrenzt die Menge an ausgestoßenem CO₂. Dies geschieht mit einem Festpreis, der ab 2021 Jahr für Jahr bis 2025 steigt, um Verwerfungen zu vermeiden. Gleichzeitig: Erhöhung der Pendlerpauschale (ab 21.km) und Absenkung der Stromkosten. Höhere Kaufprämie für Autos unter 40.000 € (Elektroautos, Hybrid, mit Wasserstoffantrieb).
3. Dritte Phase (2026-2030):
Die maximale CO₂-Emmissionsmenge wird Jahr für Jahr geringer. Die Zertifikate werden in einem Preiskorridor mit Minimal- und Maximalpreis versteigert.

Zudem steigern wir die Akzeptanz beim Bau von Windrädern: Sie müssen künftig mindestens 1 km von Wohngebieten entfernt sein. Gleichzeitig setzen wir den Ausbau erneuerbarer Energien mit Windrädern, Solar und Leitungen fort. Wir wollen verdeutlichen: CDU/CSU haben dieses zentrale Reformprojekt maßgeblich geprägt. Unsere Botschaft lautet:

1. Wir gehen den Klimaschutz umfassend an. Mit über 60 konkreten Maßnahmen nehmen wir die Menschen mit auf dem Weg zu mehr Klimaschutz (Förderung energetische Gebäudesanierung, Austauschprämie für alte Ölheizungen, billigere Bahntickets Fernverkehr).
2. Es gibt jetzt erst Anreize für mehr Klimaschutz und erst im zweiten Schritt wird das klimafeindliche CO₂ teurer. Wir nehmen bis 2030 einen dreistelligen Milliardenbetrag in die Hand, um diese Jahrhundertaufgabe zu stemmen.
3. Die Klimaziele haben wir als Union mitbeschlossen und mitgeprägt. Auf internationaler Ebene, auf EU-Ebene, in Deutschland. Wir wollen diese Ziele erreichen, weil wir die Schöpfung erhalten und unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Welt überlassen wollen. Wir machen Klimaschutz mit Maß und Mitte, weil wir das Ganze im Blick haben. Wir sind die politische Kraft, die so ein Megaprojekt am besten umsetzen kann.

Mit der Entscheidung zur CO₂-Bepreisung und der im Gegenzug beschlossenen Senkung der EEG-Umlage setzt die Bundesregierung zudem jetzt um, was Schleswig-Holstein mit seiner Bundesratsinitiative bereits Anfang des Jahres vorgeschlagen hatte. Die EEG-Umlage hat sich zu einem Hemmschuh der Energiewende in Schleswig-Holstein entwickelt, weil sie die Nutzung von erneuerbaren Energien für die Erzeugung von Wasserstoff oder für andere Power-to-X Lösungen unwirtschaftlich macht. Gerade für Schleswig-Holstein wird es sich deshalb auszahlen, wenn durch den jetzt von der Bundesregierung eingeschlagenen Weg zukünftig mehr Wertschöpfung aus erneuerbaren Energien vor Ort erfolgen kann.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende!

Ihr



Johann Wadephul